

Die Ratssitzung am 03. Mai 2018



Rat im Rückblick

38. Sitzung des Rates vom 03. Mai 2018

Der Rat tagte knapp sechs Stunden. Im Mittelpunkt stand die Affäre um die Besetzung der Stadtwerke-Geschäftsführung. Wichtige Themen waren aber auch die „Ost-West-Achse“ und die „Historische Mitte“. Der Rat fasste wichtige Beschlüsse, vor allem gab er grünes Licht für die Planung der „Historischen Mitte“, zur Zukunft der „Bastei“, zur weiteren Finanzierung der Offenen Ganztagschule und nicht zuletzt zu den Planungsprozessen „Parkstadt Süd“ und „Deutzer Hafen“. Zum Ausbau der Ost-West-Achse sollen nun weitere Varianten geprüft werden.

Die wesentlichen Ratsbeschlüsse im Überblick

Aktuelle Stunde

FDP-Antrag: „Handstreichartige Neustrukturierung der Stadtwerkegeschäftsführung und ihre Folgen“



Stadtwerke
Köln GmbH

Die Ratssitzung stand unter dem Eindruck der öffentlichen Kritik zu den Vorgängen um die Stadtwerke-Geschäftsführung (SWK) und dem Versuch, den SPD-Fraktionschefs Börschel ohne Ausschreibung zum neuen SWK-Chef zu machen. Die Personalie Martin Börschel hat enorme mediale Furore entfacht. Börschel sorgte mit seiner knappen Einlassung für Irritationen: Er gab vor, operativ in den Vorgang nicht eingebunden zu sein, obwohl er Aufsichtsratsvorsitzender war. Dies führte zu Irritationen, denn allen war klar, dass Martin Börschel selbst eine Nicht-Ausschreibung zur Bedingung gemacht hat. Jörg Frank fragte, ob er nicht den Verzicht auf eine Ausschreibung zur Bedingung gemacht habe.

Kirsten Jahn, Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN im Kölner Rat, räumte in ihrer emotionalen [Rede](#) schwere Fehler ein und entschuldigte sich aufrichtig für den entstandenen Schaden: Man habe einmal den Kompass verloren und es sei eine rote Linie hinsichtlich des eigenen Anspruches auf Transparenz und Bestenauslese überschritten worden. „Ich werde zukünftig wesentlich aufmerksamer sein, denn dies darf sich nie wiederholen.“ Zugleich kündigte sie an, dass es eine Debatte über mögliche Verbesserungen geben soll hinsichtlich Karenzzeiten beim Wechsel von einem Aufsichtsrat in die Geschäftsführung einer städtischen Beteiligung und die Compliance Regelungen. Abschließend bedankte sie sich bei der Oberbürgermeisterin und sprach ihr Vertrauen und ihre Unterstützung aus.

Direkt im Anschluss erklärte **Jörg Frank**, den für Grüne so wichtigen Grundsatz der Transparenz verletzt zu haben, wo für er sich öffentlich entschuldigt hatte. Zum Schluss sagte er: „Auch wenn man schon lange dabei ist und als politisch abgeklärt gilt, solche Dinge schwitzt man nicht einfach aus.“ Frank hatte schon im Anschluss an die zurückliegende Sitzung des SWK-Aufsichtsrats Konsequenzen gezogen und sein Mandat in diesem Gremium niedergelegt.

Die [Aktuelle Stunde](#) wurde auf Antrag der FDP an den zuständigen Finanzausschuss verwiesen. Brisant: der Vorsitzende dieses Ausschusses ist Martin Börschel.



Karl Marx im Stadtbild sichtbar machen

In einem gemeinsamen [Antrag](#), der von einer breiten Ratsmehrheit der Demokraten getragen wurde, sprachen sich GRÜNE, CDU, SPD, Linke und die beiden Ratsgruppen BUNT und GUT dafür aus, den großen Ökonomen, Verleger und Politik-Theoretiker Karl Marx stärker als bisher im Stadtbild sichtbar zu machen. Denn Karl Marx wirkte auch in Köln.

Neben der Wiederanbringung einer Gedenktafel, die sechs Jahre nach ihrem Beschluss im Jahr 1989 vom VHS-Haus in der Cäcilienstraße entfernt wurde, soll nun ein offenes Verfahren als Einladungswettbewerb stattfinden, welcher Vorschläge erarbeiten soll, wie die Sichtbarkeit von Karl Marx im Stadtbild in absehbarer Zukunft angemessen ausschauen könnte.

„Köln stellt sich seiner geschichtlichen Wurzeln. Der Antrag kam mir seltsam vertraut vor, wie zum Anlass des 100. Geburtstags von Heinrich Böll. Der Antrag zeigt aber auch, dass noch einiges nachzuarbeiten und zu schärfen ist, was die Sichtbarkeit großer Kölner angeht. Das wird auch für große Kölnerinnen gelten“, so die

kulturpolitische Sprecherin der GRÜNEN im Kölner Rat, **Brigitta von Bülow**.

Kaum jemand weiß, was in der Schildergasse 99 geschehen ist. Am 5. Mai 1842 wurde hier der erste Artikel in der Rheinischen Zeitung abgedruckt. Später wurde Marx dann Chefredakteur der Zeitung, die damals stark unter den Karlsbader Beschlüssen litt, mit der das Königreich Preußen kritische Berichterstattungen zensierte. Marx musste Köln verlassen, nachdem die Rheinische Zeitung ihre Tore schließen musste und auch die Neue Rheinische Zeitung ihren Dienst einstellte. Als politischer Vordenker und Kritiker eines entgrenzten Kapitalismus hat er Geschichte gemacht und daran sollte sich Köln erinnern. „Auch das gehört zu Köln“, so von Bülow abschließend.

Der gemeinsame Antrag wurde mit großer Mehrheit vom Rat verabschiedet. Lediglich die FDP und die beiden rechten Gruppierungen AfD und die neue Ratsgruppe Rot-Weiß (vormals „pro Köln“) stimmten dagegen.

Versagung der Entlastung von Geschäftsführung und Aufsichtsrat der Kliniken



Beste Medizin für alle.

Die städtischen Kliniken sind bekanntlich in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage. Die Medien berichteten mehrfach darüber.

Der Rat hat bereits notwendige Beschlüsse zur finanziellen Stabilisierung gefasst. Ein Jahresabschluss für 2017 und die Ergebnisse des vom Finanzausschuss beauftragten Sanierungsgutachtens liegen noch nicht vor. Trotzdem beantragte der freie Wähler Wortmann frei von der Leber weg den Rücktritt des kompletten Aufsichtsrates, die Verweigerung der Entlastung für Geschäftsführung und Aufsichtsrat und weitere rechtliche Schritte gegen leitende Angestellte und Mitglieder des Aufsichtsrates.

Darauf erwiderte **Jörg Frank**, Fraktionsgeschäftsführer der GRÜNEN im Kölner Rat: „Was der Antragsteller möchte, nämlich ohne Fakten Rücktritte zu verlangen, ist völlig unseriös und riecht nach reinem Populismus. Die Situation der Kliniken ist sehr schwierig, Aber Stützungs- und Sanierungsmaßnahmen sind bereits eingeleitet. Das, was Sie hier vortragen, ist eher krudes Jakobinertum. Das haben die Pflegerinnen und Pfleger und Ärztinnen und Ärzte, die in unserer Klinik jeden Tag gute Arbeit leisten, nicht verdient“.

Der [Antrag](#) wurde gegen die Stimmen des Antragsstellers und der beiden rechtspopulistischen Formationen mit großer Mehrheit abgelehnt.

Zukunft der Bastei am linken Rheinufer



Die Bastei soll wieder in die Hände der Stadt, damit sie saniert werden kann und dann wieder der Öffentlichkeit zur Verfügung steht. Das [beantragten CDU und GRÜNE](#).

Das denkmalgeschützte Gebäude Bastei soll zum Highlight einer neu gestalteten Rheinuferpromenade zwischen Hohenzollern- und Zoobrücke werden. Dafür ist es notwendig, die Immobilie wieder in städtischen Besitz zu nehmen. Entgegen dem Änderungsantrag der SPD, überhaupt noch zu prüfen, wem die Bastei gehören soll, wollen die GRÜNEN nicht auf der Bremse stehen, sondern jetzt handeln.

"Mit unserem gemeinsamen Antrag, Vorbereitungen für die Übernahme der denkmalgeschützten Bastei in den Bestand der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln zu treffen, wollen wir ein lange geplantes und beschlossenes Projekt endlich voranbringen, die Aufwertung des linken Rheinufers zwischen Hohenzollernbrücke und Zoobrücke. Schon im Sommer 2011 hatte der Stadtrat beschlossen, diesen Bereich des Rheinufers zu einer richtigen Promenade mit hoher Aufenthaltsqualität umzugestalten“, betonte **Sabine Pakulat**, die GRÜNE Sprecherin im Liegenschaftsausschuss.

Dreh- und Angelpunkt dieser Aufwertung ist die denkmalgeschützte Bastei, die zu einem öffentlich zugänglichen Restaurant umgebaut werden soll.

„Wir hoffen, dass mit unserem Beschluss und einer dann folgenden Rückübertragung in städtischen Besitz nun endlich der Weg frei wird, die Bastei wieder für Gäste aus Köln und aller Welt zu öffnen“, so Pakulat weiter.

Der in Teilen wortgleiche Antrag der SPD sieht hingegen wie ein Bremsmanöver aus. Ihr Antrag ist wortreicher und aufgeblasen. Uns geht es darum, die Bastei in städtisches Eigentum zurückzuholen. Was Sie da vorlegen, ist jetzt nicht angemessen. Vieles steht derzeit noch gar nicht zur Debatte“, kritisiert Pakulat die sozialdemokratische Nebelkerze.

Der CDU/GRÜNE-Antrag wurde mit breiter Mehrheit beschlossen. Sowohl der Änderungs- wie auch der Verweisungsantrag wurden hingegen gegen die Stimmen von SPD, Linken und der Ratsgruppe BUNT bei Enthaltung der AfD zugestimmt.

Debatte und Beschlüsse zum „Ausbau der Ost-West-Achse“



Gleich drei Anträge lagen zur Ost-West-Achse vor, nämlich Prüfung einer Bürgerbefragung, Veröffentlichung der Kosten-Nutzen-Analyse zu den derzeit öffentlich diskutierten Varianten, und nicht zuletzt ein gemeinsamer Dringlichkeitsantrag von SPD, CDU, GRÜNE und FDP zur Prüfung weiterer zusätzlicher Varianten (TOP 3.1.4 und 3.1.6 und 3.1.7).

In diesem Dringlichkeitsantrag beauftragen die Fraktionen die Stadtverwaltung, vier weitere verschiedene Varianten zur Ost-West-Achse auf ihre technische Machbarkeit, ihren Verkehrswert und den volkswirtschaftlichen Nutzen hin zu untersuchen.

Die GRÜNEN im Kölner Rat wollen mit ihrer Variante prüfen lassen, wie eine explizite Stärkung des Rad- und Fußverkehrs auf den Verkehrsflächen der Ost-West-Achse erreicht werden könnte. Der Individualverkehr solle auf dieser Achse neu organisiert werden, in dem er über die Bäche umgeleitet wird. Am Neumarkt und auf der Aachener Straße soll der Durchgangsverkehr reduziert werden.

Lino Hammer, verkehrspolitischer Sprecher der GRÜNEN im Kölner Rat, erklärte:

„Alle anderen drei Vorschläge sehen unterirdische Tunnellösungen vor, die zugleich den motorisierten Individualverkehr nicht wirklich einschränken wollen. Ich finde es aber auch gut, wenn wir zu allen Varianten Informationen erhalten. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es völlig

unangemessen, bestimmte Varianten zur Abstimmung zu stellen. Ich hoffe, wir bauen für 100 Jahre und nicht die nächsten 100 Jahre“.

Bürgermeister **Andreas Wolter** (GRÜNE) ergänzte: "Die Ost-West-Achse lag lange im Wachkoma. Wichtig für die Förderung von Bund und Land ist aber der Nutzen der neuen Ost-West-Achse. Wir haben viele Verkehrsprojekte in der Pipeline, Personal und Fördergelder aber fallen nicht vom Himmel. Wir bauen mit viel Geld viel zu wenig. Die Stadt aber wächst jetzt. U-Bahn-Projekte werden unsere Probleme jetzt nicht lösen. Wie aber können wir die Mobilität in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren sicherstellen und die Lebensqualität sicherstellen?"

Schließlich wurde der [Dringlichkeitsantrag](#) für die Prüfung zusätzlicher Varianten mit breiter Mehrheit beschlossen. Der von CDU, GRÜNE, GUT und FWK geänderte [Antrag](#) zur Bürgerbefragung wurde bei Enthaltung der FDP sowie der [Antrag](#) von CDU, GRÜNE und GUT zur Darstellung der Kosten-Nutzen-Analyse, Planungsverfahren und zeitlichem Verlauf einstimmig beschlossen. Dieser Beschluss beauftragt die Verwaltung, folgende Informationen in die laufende Bürgerbeteiligung einzubringen: „Die Kosten-Nutzen-Analyse zu den einzelnen Varianten der Ost-West-Achse und die Darstellung der Abläufe der notwendigen Planverfahren für die jeweiligen Varianten sowie die zeitliche Abfolge der jeweils notwendigen Planungsphasen und des Baus bis zur Fertigstellung aufgrund von Erfahrungswerten mit Vorhaben ähnlicher Größenordnung.“

- Weitere Informationen:

<http://www.stadt-koeln.de/leben-in-koeln/verkehr/ost-west-achse>

Wo und was sind Angsträume?



Der [Antrag](#) der Ratsgruppe BUNT zum Thema „Angsträume in der Stadt“ war Anlass für eine längere Debatte. Für **Hans Schwanitz** (GRÜNE) geht der Antrag in die verkehrte Richtung. „Die schlimmste Angst ist die Angst vor der Angst“, erwiderte Hans Schwanitz auf das Ansinnen, dass mit dem Antrag populistischen Stimmungen der Wind aus dem Segel genommen werden soll. Vielmehr gehe es um nachvollziehbare Argumente, um Angsträume zu definieren. Das gehe aber auf keinen Fall

über die Befragung von Bewohnern.

Man müsse die richtige Balance finden zwischen den Sicherheitsanforderungen und dem Schutz der Privatsphäre.

Schon vor wenigen Tagen hatte sich die grüne Fraktion kritisch mit dem Vorhaben der schwarz-gelben Landesregierung nach [Ausweitung der Videoüberwachung](#) im öffentlichen Raum auseinandergesetzt. Die GRÜNEN im Landtag prüfen eine Klage beim Landesverfassungsgerichtshof, wenn die Änderungen des Polizeigesetzes in Kraft treten sollten.

Der Rat verwies den BUNT-Antrag sowie den FDP-Änderungsantrag in den zuständigen Fachausschuss AVR.

Kölner Innogy-Standort sichern –Arbeitsplätze in Köln erhalten!

Nachdem RWE und E.ON am 11. März 2018 bekannt gaben, die RWE-Tochter Innogy aufspalten zu wollen, droht noch auch in Köln ein Verlust von vielen Arbeitsplätzen. In einem [Dringlichkeitsantrag](#) sprachen sich alle demokratischen Fraktionen und Ratsgruppen für den Erhalt des Kölner Standorts aus. Der Rat beauftragte die Verwaltung, mit den Verantwortlichen von E.ON und RWE Gespräche aufzunehmen. „Angesichts des drohenden Verlustes von Arbeitsplätzen und einer für Köln relevanten Niederlassung von Innogy ist es jetzt unerlässlich, die Interessen des Wirtschaftsstandortes Köln und der dort Beschäftigten von Beginn an in den anstehenden Prozess einzubringen und auch von Seiten der Kölner Verwaltung aktiv zu vertreten.“, heißt es in der Antragsbegründung.

Der Rat beschloss diesen Antrag ohne Gegenstimmen.

Parkstadt Süd – besonderes Vorkaufsrecht

Der Rat folgte den einstimmigen Voten aus den Ausschüssen für den Vorschlag der



Verwaltung, mit einer Satzung für ein „Besonderes Vorkaufsrecht“ für das Gebiet der künftigen „[Parkstadt Süd](#)“ die Planungen zu unterstützen. Damit kann dann die Stadt Köln ihre Planungsziele absichern und an der Realisierung des Quartiers weiterhin mit Hochdruck arbeiten. Die Vervollständigung des Inneren Grüngürtels und die Entwicklung eines neuen urbanen Quartiers mit 3.500 Wohnungen und 4.500 Arbeitsplätzen sind unverzichtbare Bausteine für die wachsende Stadt Köln.

Das Bundesverwaltungsgericht hatte die Sanierungssatzung für unwirksam erklärt. Nach Auswertung der Urteilsbegründung wird die Verwaltung in einem neuen Anlauf eine überarbeitete Sanierungssatzung vorlegen. Bis dahin wird mit dem „besonderen Vorkaufsrecht“ agiert.

Deutzer Hafen – Förmliche Festsetzung des städtebaulichen Entwicklungsbereichs

Ohne weitere Debatte billigte der Rat ohne Gegenstimmen die förmliche Festsetzung des



städtebaulichen Entwicklungsbereichs [Deutzer Hafen](#), der zu einem neuen urbanen Quartier entwickelt werden soll.

Der Stadtrat hatte bereits Mitte 2015 in einer Grundsatzentscheidung für die Umnutzung gestimmt. Es folgte ein kooperatives Verfahren mit breiter Beteiligung der Öffentlichkeit, das innerhalb von sechs Monaten im Jahr 2016 zu einem guten Ergebnis führte. Mit Belschluss vom Dezember 2016 hat die Verwaltung den Siegerentwurf des Planerteams COBE

zur Grundlage der weiteren Planung gemacht.

Mit der förmlichen Festsetzung gewinnt die Stadt weitere Flexibilität bei möglichen und notwendigen Eingriffen in die Eigentumsverhältnisse vor Ort. Damit soll die zügige Umsetzung der Konversion des Industriehafens sichergestellt werden.

Nun wird also der Deutzer Hafen nach den Vorgaben des Paragraphen 165 Baugesetzbuch als städtebauliche Entwicklungsmaßnahme weitergeplant. § 165 Absatz 1 regelt besondere Zugriffsrechte, die sich aufgrund eines besonderen öffentlichen Ergebnisses ergeben.

Neubau Historische Mitte

Der Rat beschloss die [Planungsaufnahme für die „Historische Mitte“](#) gegen die Stimmen von



Linke, FDP und den rechtspopulistischen Gruppen bei Enthaltung des freien Wählers mit breiter Mehrheit.

Mit einem Neubau des Studiengebäudes für das Römisch-Germanische Museum und des Kölnischen Museums im Rahmen des Projekts „Neue Historische Mitte“ geht eines der bedeutendsten Bauprojekte in Köln in die nächste Runde. Der vor

einigen Wochen vorgestellte Wettbewerbsentwurf des Büros Staab Architekten im Rahmen eines Realisierungswettbewerbs ist eine gute Grundlage für die weitere Planung, weil er die Kritik der ersten Entwürfe angemessen aufgenommen hat.

„Museen sind immer Landmarken, da haben wir schon einige Schmuckstücke. Wir hatten vor einigen Tagen den Eindruck, es entsteht ein neues Stück Stadt, ein neues Entree für die Via Culturalis. Wir haben auch die Geschichte, um das Museum mit Leben zu füllen. Da können unglaublich viele Synergien entstehen. Es wird ein Museum für die Bürgerinnen und Bürger sein. Auch die Entlastung der Gebäudewirtschaft ist ein wichtiger Baustein zur Realisierung. Wir stehen aber erst am Anfang einer langen Entwicklung. Den [Antrag der FDP](#), ein Dommuseum zu errichten, lehnen wir ab. So viele Spenderhosen haben wir dann doch nicht“, stellt **Kirsten Jahn**, Vorsitzende der GRÜNEN im Kölner Rat, fest.

Ausgleichsprogramm zur Erstattung gezahlter Geldbeträge wegen Tempoüberschreitungen



Der Rat beschloss das [Maßnahmenpaket für den Radverkehr](#) und damit mehr als zehn Millionen Euro für die Radverkehrsinfrastruktur. Mehr als ein Jahr, nachdem der Stadtrat den Beschluss gefasst hatte, ein freiwilliges Ausgleichsprogramm aufzusetzen, kommt die Verwaltung der Umsetzung nach.

Für die GRÜNEN sind vor allem die Aspekte für den Radverkehr von großer Bedeutung und Anlass für Freude.

„Wir begrüßen es, dass die Verwaltung plant, nun einen Großteil der vereinnahmten Gelder aus Verwarn- und Bußgeldbescheiden der fehlerhaften Radarkontrollen vor allem für die Stärkung der Radverkehrsinfrastruktur und zur Förderung der Verkehrssicherheit zu verwenden. Nach zahlreichen schweren Verkehrsunfällen, bei denen Fahrradfahrende ihr Leben lassen mussten, ist es bitter notwendig, nun schnell zu handeln und mehr Schutz für Radfahrerinnen und Radfahrer zu schaffen“, erläuterte **Lino Hammer**, der verkehrspolitische Sprecher der GRÜNEN im Rat, vor der Ratssitzung.

Weiterer Ausbau der Offenen Ganztagschulen (OGS)

Breite Unterstützung fand im Rat zu später Stunde die [Finanzierung des OGS-Ausbaus](#) an Kölner Grundschulen. Wie schon in den vorangegangenen Ausschüssen betonten auch die Vertreter der GRÜNEN ihre ausdrückliche Unterstützung. Mit dieser Vorlage ist die Bedarfsdeckung mit insgesamt 33.000 Plätzen bis 2021/22 beschlossen, denn der Bedarf an Betreuungsplätzen im Offenen Ganztage im Primarbereich steigt weiter an. Ab dem kommenden Schuljahr hat die Stadtverwaltung einen Bedarf von 30.500 Plätzen ermittelt, rund 800 mehr als in diesem Schuljahr. Bis 2021/22 ist eine Gesamtzahl von 33.000 Plätzen geplant.

„Insbesondere der Wille, weiterhin in die Qualität der Kinderbetreuung zu investieren, ist uns ein wichtiges Anliegen. Dabei ist es erfreulich, dass alle demokratischen Fraktionen den Ratsbeschluss vom Sommer 2016 nach wie vor unterstützen, den städtischen Eigenanteil nicht zu reduzieren. Das wäre fatal für die Qualität der Ganztagsbetreuung“, hatte **Ulrike Kessing**, jugendpolitische Sprecherin der GRÜNEN im Kölner Rat, im Jugendhilfeausschuss erklärt.

Das Land NRW hat sich verpflichtet, die Fördersätze für die OGS-Betreuung schuljährlich um drei Prozent zu erhöhen. Diese Mehreinnahmen für den städtischen Haushalt sollen vollumfänglich an die freien Träger weitergereicht werden.

„Nach Abzug der Landesförderung und der Elternbeiträge beträgt der städtische Eigenanteil an der OGS-Betreuung mehr als 24 Millionen Euro. Wir verstehen diese Ausgaben als Investition in die Zukunft unserer Kinder“, betonte **Horst Thelen**, der schulpolitische Sprecher der GRÜNEN im Kölner Rat.

-
- [Die komplette Tagesordnung der Sitzung Rat inkl. aller Vorlagen](#)

Impressum:

Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN im Kölner Rat
Rathaus – Spanischer Bau * Rathausplatz 1 * 50667 Köln Tel.: 0221 – 211 25919 * Fax: 0221 – 221 24555
Mail: Gruene-fraktion@stadt-koeln.de www.gruenekoeln.de -
V.i.S.P.: Jörg Frank, Fraktionsgeschäftsführer